

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UA-JHP/062(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Unterausschuss Jugendhilfeplanung	Mittwoch, 05.06.2013	Hansesaal, Altes Rathaus	09:30Uhr	12:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung, Genehmigung der Niederschrift vom 07.05.2013 und vom 13.05.2013
- 2 DS0120/13 - Infrastrukturplanung Jugendarbeit – 2. Planungsschritt zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit - 2014 bis 2015
- 3 DS 0196/13 - Fortführung Schulsozialarbeit - 2014 bis 2015
- 4 DS 0193/13 - Fortschreibung des Magdeburger Programms BIB „Berufliche, soziale Integration und Beteiligung junger Menschen“ - 2014 bis 2015
- 5 Stand Umsetzung KiFöG LSA
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Nordmann, Sven
Schwenke, Wigbert
Müller, Oliver
Giefers, Thorsten
Tietze, Erika
Kanter, Liane
Klaus, Detlev Dr.
Herr Brüning
Herr Dr. Gottschalk
+ Anwesenheitsliste

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung, Genehmigung der Niederschrift vom 07.05.2013 und vom 13.05.2013
-

- Herr Nordmann eröffnet die Sitzung Unterausschuss Jugendhilfeplanung;
- die Sitzung ist ordnungsgemäß einberufen, 6 Mitglieder sind anwesend;

Absprachen zur Tagesordnung

- Herr Dr. Gottschalk meldet die Absetzung des TOP 4 - DS0193/13, Fortschreibung BIB -, auf Grund der Zurückstellung der Drucksache beim Oberbürgermeister, an
- Herr Nordmann fragt, ob der Änderungsantrag DS/0186/13/1/1 zur Umsetzung KiFöG in der heutigen Sitzung behandelt wird;
- Herr Dr. Klaus teilt mit, dass im TOP 5 zum Stand KiFöG berichtet und zum Änderungsantrag informiert wird;
- die geänderte Tagesordnung wird **einstimmig** bestätigt;

Genehmigung der Niederschrift

- es liegen keine Ergänzungen zur Niederschrift vom 07.05.2013 vor;
- die Niederschrift vom 07.05.2013 wird mit **2/0/4** angenommen;
- Frau Kanter meldet folgende Änderung auf Seite 3 der Niederschrift vom 13.05.2013 an:
- Frau Kanter:
 - o Träger arbeiten schon längst ressortübergreifend nicht ressourcenübergreifend
- die geänderte Niederschrift vom 13.05.2013 wird mit **4/0/2** angenommen;

2. DS0120/13 - Infrastrukturplanung Jugendarbeit – 2.
Planungsschritt zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit - 2014 bis 2015
-

- Herr Dr. Gottschalk:
 - o verweist auf die Zurückstellung/Zurückverweisung der Drucksache durch Juhi in den Unterausschuss
 - o geht auf die 4 vorliegenden Änderungsanträge, die am Montag an die UA-Mitglieder verschickt wurden, sowie auf die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Änderungsanträgen, die gestern an die UA-Mitglieder verschickt wurden, ein
 - o die Verwaltung schlägt vor, die 4 Änderungsanträge abzulehnen, Begründung ist in der Stellungnahme der Verwaltung enthalten
- Frau Kanter möchte den Anträgen nur wenig hinzufügen, da eine Begründung in schriftlicher Form vorliegt
- war in der letzten UA-Sitzung am 13.05.2013 über die Uneinigkeit der Verwaltung = Misstrauen überrascht
- Herr Dr. Klaus erläutert seine Enthaltung zur Abstimmung in der letzten UA-Sitzung, die nicht eine abweichende Haltung zur vom Fachamt verfahrensgemäß mitgezeichneten DS darstellt, sondern dem Abstimmungsverfahren selbst galt, der auch von Herrn Nordmann deutlich am Tage kritisierten Weiterverweisung der DS mit Anträgen, ohne vertiefende Beratung/inhaltliche Empfehlung an den Juhi konnte per Abstimmung nicht gefolgt werden;

- Herr Schwenke
 - o weist eine nicht ordentliche Arbeit des UA JHP und hinsichtlich des Verfahrens zurück
 - o UA hat konstruktiv gearbeitet
 - o begründet die ausgeführte Verfahrensweise aufgrund der plötzlich geändert vorliegenden Drucksache
 - o ist auch über die neuen Änderungsanträge des Stadtjugendringes irritiert
 - o Träger benötigen Planungssicherheit
 - o sieht die Kritik von Frau Kanter als nicht gerechtfertigt
 - o plädiert für nicht Zustimmung der Änderungsanträge des Stadtjugendringes
 - o bittet um konstruktive Weiterarbeit – Richtung stimmt

- Herr Nordmann
 - o Kritik an UA JHP ging nicht dahin, dass der UA nicht ordentlich gearbeitet hat, sondern seine Arbeit nicht ordentlich abgeschlossen hat
 - o über die neuen Änderungsanträge des Stadtjugendringes ist er fassungslos
 - o ist auch nicht über den Planungszeitraum von 2 Jahren glücklich
 - o hofft, dass bei der nächsten JHP bisherige Hinweise Berücksichtigung finden
 - o zum Änderungsantrag des evangelischen Kirchenkreise äußert er, ob es sich hier nicht um einen Antrag zur Einrichtungsförderung handelt

- Herr Brüning
 - o weist darauf hin, dass eine umfangreiche Arbeit geleistet wurde, eine laufende Planung und Entwicklung stattfindet, umfangreiche Daten aufgenommen wurden, auch in Zusammenarbeit mit den freien Trägern und ihren Einrichtungen
 - o 2 Jahre JHP als Prozess – nicht festschreiben für einen bestimmten Zeitraum
 - o welche Infrastruktur im nächsten Jahr oder in 2-3 Jahren – Sicherstellung für Kinder und Jugendliche – Orientierung an Menge
 - o auch in den KJH's : schwächste unterstützen, die Übrigen, Starke nicht vergessen
 - o unterschiedliche Meinungen und Erfahrungen ↪ Abstimmung
 - o Zusammenarbeit als Basis wurde in den Jahren umgesetzt

- Herr Giefers
 - o ist der Meinung, dass die Verwaltung alle Vorschläge und Argumente, Änderungsanträge, die mehrheitlich durch den UA empfohlen wurden, wie einen Schwamm aufgesaugt und weggewischt hat;
 - o geht auf den Stellenwert des UA JHP ein und fragt sich, wofür diese Fachkompetenz gearbeitet hat
 - o weiß nicht, ob eine Abstimmung sinnvoll ist
 - o kann aus diesem Grund den neuen Änderungsantrag des Stadtjugendringes, den er als GO-Antrag sieht, verstehen und wird bei nicht Zustimmung des Antrages einen weiteren Änderungsantrag stellen

- Frau Tietze
 - o weist ebenfalls daraufhin, dass dem UA in der letzten Sitzung eine neue Drucksache vorgelegt wurde, infolgedessen neue Diskussionen benötigt werden
 - o bemerkt zur Seite 6 der Anlage 1 - wenn Einrichtungen aufgezählt werden, geht sie davon aus, dass alle Angaben eingearbeitet werden und welche Kriterien eine Rolle gespielt haben
 - o Antrag des evangelischen Kirchenkreise soll als Schwerpunkt – soziales Lernen – in der Planung berücksichtigt werden

- Herr Schwenke merkt an, dass es heute keine Empfehlungen über Einrichtungen sondern über die Struktur geben soll

- Herr Nordmann weist erneut darauf hin, dass es nicht um Einrichtungsförderung geht und überlegt, ob er den Antrag stellt, in der Anlage 4 nur die Einrichtungen und nicht die Träger zu benennen;
- Herr Dr. Gottschalk
 - o erläutert, dass auch Vorschläge aus dem UA aufgenommen und eingearbeitet wurden (z.B. Stadtfeld und im Beschlusspunkt 2)
 - o generell ganz neu ist der Beschlusspunkt zur Bereitstellung benötigter Haushaltsmittel
 - o Anlage 4 ist nicht Beschlussgegenstand
 - o kann sich an Diskussionen erinnern, in denen es hieß, wenn Einrichtungen benannt werden, dann auch Träger
- Frau Kanter ist versteht die Äußerung nicht: ... die Drucksache bringt den Trägern Sicherheit ...:
 - o Sicherheit bringt die DS nicht, da sie keinen finanziellen Rahmen beschreibt – weder fachliche noch finanzielle Sicherheit
 - o fragt, auf welcher Grundlage Träger Konzepte einreichen sollen – was ist prioritär notwendig?
 - o Anlage 1 und 4 = Widersprüche sind auszuräumen, da sich Teilergebnisse des tUA nicht wiederfinden – muss nachgebessert werden
- Herr Müller
 - o ist der Meinung, dass das vorgelegte Ergebnis ein Stück weiter ist
 - o Demokratie – Abstimmung sollte erfolgen
 - o mit der Drucksache sollen Standorte für die Kinder- und Jugendarbeit gesichert werden
 - o eine finanzielle Sicherung ist für die nächsten Jahre so nicht zu leisten
 - o bewertet Herrn Giefers Antrag als positiv, würde gern erweitern – auch Übertragung kommunaler KJH's an freie Träger
 - o spricht sich für die Beibehaltung der Anlage 4 in der vorliegenden Form aus
- Herr Schwenke
 - o können heute nicht festlegen, welche Gelder 2014/15 für Jugendarbeit zur Verfügung stehen
 - o heute Strukturfestschreibung
 - o dann Sicherung durch Leistungsverträge
 - o Stadträte müssen dafür sorgen, dass Finanzen bereitgestellt werden
 - o DS ist ein Qualitätssprung
- Frau Kanter
 - o was nützt ein Beschluss zur Strukturfestschreibung, wenn kein Geld zur Verfügung steht?
- Herr Giefers – wirbt im Rahmen der Umsetzung für einen Prozess und offenes Verfahren; es sollten zuerst die Träger angesprochen werden, welche an dem Standort schon Leistungen erbringen und nur wenn diese eine entsprechende Fortführung nicht gewährleisten können, sind andere Träger in das Verfahren einzubeziehen
- Herr Dr. Gottschalk informiert, dass die von Herr Nordmann vorgeschlagene Aufnahme der Personalausstattung in Anlage 4, bereits in der Anlage 1 enthalten ist;
- Herr Nordmann nimmt seinen Änderungsvorschlag zur Anlage 4 zurück

- Herr Dr. Klaus
 - o DS begründet einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel - wenn LV ab 2014, dann muss dringend der 2. Planungsschritt beschlossen werden
 - o Planung gleich Finanzierung schließt sich aus; Planung als kontinuierlicher Prozess, realisiert sich stets im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel
 - o verweist auf neue Situation, wenn Jugendpauschale, das Feststellenprogramm eingeschränkt wird oder entfällt (Pressemitteilung MZ)
- Herr Nordmann stellt die vorliegenden Änderungsanträge, beginnend mit dem Änderungsantrag des Stadtjugendringes, der als **GO-Antrag** anzusehen ist, zur Abstimmung;

1. Antrag des Stadtjugendringes

1. Die Drucksache wird in der vorliegenden Form in Gänze abgelehnt. Sie ist rechtswidrig, unvollständig und bietet keine fachlich fundierte Planungs- und Arbeitsgrundlage für den Planungszeitraum.

2. Bis zum 31.10.2013 wird eine den gesetzlichen Anforderungen entsprechende integrierte Planung für die §§ 11-16 SGB VIII erarbeitet und vorgelegt.

Abstimmergebnis 2/4/1 abgelehnt

2. Antrag Evangelischer Kirchenkreis

- Frau Tietze meldet ihre Befangenheit an und nimmt nicht an der Abstimmung des 2. Antrages teil;

Personalstelle im Umfang einer 50 % VZÄ im Zentrum für soziales Lernen Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, in der Jugendhilfeplanung 2014-2016 eine **50 % VZÄ für die** Multiplikatorenschulung und Begleitung im **Zentrum für soziales Lernen** einzuplanen.

Abstimmergebnis 0/4/2 abgelehnt

3. Antrag Frau Tietze

- Frau Tietze meldet ihre Befangenheit an und nimmt nicht an der Abstimmung des 3. Antrages teil;

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen,

die Angebote der Magdeburger Stadtmission e. V. auf Seite 5, Anlage 1, mit aufzunehmen

in den Punkt 2: gesundheitliche und psychologische Beratung

in den Punkt 3: Frauen-, Familien- und Schwangerschaftsberatung.

Abstimmergebnis 3/1/2 zugestimmt

4. Antrag Herr Giefers

Sollte es mit den Trägern der Einrichtungen in einem Versorgungsgebiet oder stadtweit wirkende Einrichtungen und Angebote zu keinem Abschluss eines entsprechenden

Leistungsvertrages in 2013 für 2014/2015 kommen, so haben weitere Träger die Möglichkeit, sich mit einer entsprechenden Leistung zu bewerben.

Abstimmergebnis 6/0/1 zugestimmt

- nachdem Herr Nordmann die DS0120/13 zur Abstimmung stellen will, beanstandet Frau Kanter die Abstimmung, da vorher noch weitere Anträge des Stadtjugendringes abzustimmen seien;
- es handelt sich um die 7 Änderungsanträge des Stadtjugendringes, die noch aus den nicht öffentlichen UA-Sitzungen existieren;
- Herr Nordmann rügt, warum diese nicht erneut vorliegen; in einer öffentlichen Sitzung sind diese erneut zu stellen – formgerechtes Verfahren
- es wird der GO-Antrag gestellt, das Abstimmungsverfahren zu unterbrechen, um die Anträge für alle UA-Mitglieder bereitzustellen;
- Herr Nordmann stellt den GO-Antrag zur Abstimmung

Unterbrechung des Abstimmungsverfahrens und Unterbrechung der Sitzung.

Abstimmergebnis 5/1/1 zugestimmt

- es folgen weitere 7 weitere Anträge des Stadtjugendringes, die durch Herrn Mainka verteilt werden;
- Herr Nordmann nimmt das Abstimmungsverfahren wieder auf, verliest die Anträge und stellt diese zur Abstimmung:

5. Änderungsantrag - zur Anlage 1 – Stadtweit wirkende Einrichtungen und Angebote mit Alleinstellungsmerkmal

Mit den Trägern AWO KV MD e. V. und MD Sportjugend e. V., Anbieter der Sport- und Spielmobilien in Magdeburg ist ab 2014 jeweils ein Leistungsvertrag abzuschließen, der die bisherige Förderung ersetzt.

Inhalt des Leistungsvertrags sollen auch die Leistungen sein, die bisher durch das sogenannte ALSO-Projekt erbracht wurden.

Ein finanzieller Aufwuchs in Bezug zur bisherigen Fördersumme ist hierfür nicht vorgesehen. Vielmehr wird von einer Arbeitszeitverlagerung ausgegangen (zur Umsetzung Angebot des ALSO-Projekts).

Abstimmergebnis 4/1/2 zugestimmt

6. Änderungsantrag - zur Anlage 1 – Stadtweit wirkende Einrichtungen und Angebote mit Alleinstellungsmerkmal

Der StadtJugendRing entwickelt aus dem Jugendinformationszentrum ein Zentrum für Jugendinformation, Jugendpolitik und Jugendverbandsarbeit mit den im vorliegenden Konzept dargelegten Schwerpunkten, Zielen und Aufgaben. Dafür sind 1,5 VZÄ zu planen.

Abstimmergebnis 3/2/2 zugestimmt
(Prüfung offen)

- Herr Brüning wendet ein, dass Frau Kanter mit abgestimmt hat, obwohl sie einem Mitwirkungsverbot unterliegt, welches sich aus ihrer Funktion als Vorsitzende des Stadtjugendringes ergibt, der von diesem Beschluss profitieren würde;

- Herr Nordmann bemerkt, dass Frau Kanter nicht direkt betroffen ist, das Mitwirkungsverbot nicht gegeben sei;
- er bittet um Prüfung im Rechtsamt und Mitteilung im nächsten Juhi;

7. Änderungsantrag

Im Versorgungsgebiet 2 (Werder, Brückfeld...) sollen 2 plus 2 VZÄ geplant werden. Die Angebote der Einrichtung Happy Station sind vielfältig, bedarfsbezogen und berücksichtigen die Interessen und Bedarfslagen der Kinder, Jugendlichen und Familien des Versorgungsgebietes in seiner großen räumlichen Ausdehnung.

Abstimmergebnis 3/4/0 abgelehnt

8. Änderungsantrag

Im Versorgungsgebiet 6 (Kannenstieg ...) soll eine weitere VZÄ für das Basisangebot (2 VZÄ + 1 VZÄ für spezifische Angebote) geplant werden. Die Angebote der derzeitigen Einrichtungen sind vielfältig, bedarfsbezogen und berücksichtigen die Interessen und Bedarfslagen der Kinder, Jugendlichen und Familien des Versorgungsgebietes.

Abstimmergebnis 1/5/1 abgelehnt

9. Änderungsantrag

Die Anlage 1 wird überarbeitet – Defizitorientierung, Ziele in den Versorgungsgebieten, Rechenfehler, redaktionelle Fragen

Abstimmergebnis 3/3/1 abgelehnt

10. Änderungsantrag

Die Anlage 4 ist nicht Bestandteil der Planungsdrucksache

Abstimmergebnis 3/3/1 abgelehnt

11. Änderungsantrag

Es wird ein Finanzvolumen von 4,8 Millionen Euro für die dargestellt Struktur der Kinder- und Jugendarbeit pro Jahr festgeschrieben.

Abstimmergebnis 2/3/2 abgelehnt

- Empfehlung zur Annahme der DS 0120/13 mit den Änderungsanträgen im Jugendhilfeausschuss

Abstimmungsergebnis 4/1/2 zugestimmt

- Herr Schwenke verlässt die Sitzung (6 Mitglieder);

3. DS 0196/13 - Fortführung Schulsozialarbeit - 2014 bis 2015

- Herr Dr. Gottschalk bringt die Drucksache ein:
 - o verweist auch auf die Einbringung eines Entwurfes in der nicht öffentlichen UA-Sitzung und auf aufgenommene Überarbeitung
 - o Bewertung/Auswertung im Fachgremium, Beteiligung der freien Träger
 - o Orientierung Fortschreibung für 2016 bis 2020
- Herr Brüning informiert, dass auf Nachfrage im Ministerium, die nichtausgegebenen BuT-Mittel zur Verfügung stehen;
- Frau Kanter weist darauf hin, dass es sich hier um einen Kompromiss handelt, da Stunden- und damit Leistungsreduzierungen vorgenommen wurden;
- sie verweist auf die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit für jede Schule und stellt dar, dass der Bedarf höher ist (die Bedarfe der Anlage 2 wurden in der DS nicht berücksichtigt);
- sie unterstreicht die Forderung nach mehr Geld für diesen Bereich;
- es wird beschrieben, dass Absprachen mit dem Landesverwaltungsamt zur Nutzung des ESF-Programms getroffen wurden und die Träger entsprechende Anträge stellen werden;
- Dr. Gottschalk stellt dar, dass auf Grund der kurzen Zeit von 2 Jahren, für die derzeit nur die finanziellen Mittel in Höhe von jeweils 800 TEUR gesichert sind, eine Bestandssicherung für sinnvoll erachtet wird. Für neue Projekte ist eine Anlaufzeit von 1-2 Jahren notwendig, dafür müsste längerfristig die Aussicht auf Finanzierung gegeben sein.
- Herr Nordmann stellt die DS zur Abstimmung:
 1. Der Stadtrat beschließt gemäß der Anlage 3 dieser Drucksache die Fortführung der Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg in den Jahren 2014 bis 2015.
 2. Zur Realisierung der Schulsozialarbeit sind in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 insgesamt 1.600.000,00 EUR im Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg bereitzustellen.
 3. Im Rahmen des Abschlusses der notwendigen Leistungsverträge für 2014 bis 2015 sind die Ergebnisorientierung in der Leistungserbringung und der Beitrag von Schulsozialarbeit im zu bildenden Netzwerk „Überwindung von Jugendarbeitslosigkeit“ zu definieren.
 4. Für in 2014 und 2015 durch zusätzliche Landesmittel zu bestätigende Standorte der Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg sind diese gemäß der Anlage 2 und entsprechend der ermittelten Rangfolge durch die Stadtverwaltung dem Land Sachsen-Anhalt zu empfehlen.
 5. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister auf der Grundlage eines vorzulegenden Berichtes zur Auswertung der Wirksamkeit der Schulsozialarbeit im Jahr 2015 mit der Prüfung einer Fortschreibung der Schulsozialarbeit für die Jahre 2016 bis 2020.

Abstimmergebnis 5/0/1

4. DS 0193/13 - Fortschreibung des Magdeburger Programms BIB „Berufliche, soziale Integration und Beteiligung junger Menschen“ - 2014 bis 2015

- TOP 4 wurde von der Verwaltung zurückgezogen;

5. Stand Umsetzung KiFöG LSA

- Herr Dr. Klaus informiert über den Stand und zur Drucksache – Umsetzung KiFöG LSA:
 - o sind auf gutem Weg, um ab 01.08.2013 das neue KiFöG umzusetzen
 - o informiert über den neuen Änderungsantrag des Oberbürgermeister DS0186/13/1/1 vom 30.05.2013, der den ersten Änderungsantrag DS0186/13/1 ersetzt
 - o Grundlage war auch die Befürwortung der DS 0186/13 im Juhi selbst und die Ablehnung des AA DS0186/13/1; Anträge des Juhi (Beschlusspunkt 4) wurden im neuen Änderungsantrag teilweise berücksichtigt
- Herr Nordmann ist darüber erfreut, dass die Verwaltung Änderungen im Änderungsantrag aufgenommen hat;
- Herr Giefers
 - o bedauert, dass der Änderungsantrag heute nicht vorliegt
 - o ist der Meinung, dass der Änderungsantrag dem Juhi vor dem Stadtrat hätte vorgelegt werden sollen
 - o der Änderungsantrag geht somit ohne Votum des Juhi in den Stadtrat
 - o Spielregeln sollten eingehalten werden, rechtlich zulässig?

6. Verschiedenes

- Herr Müller fragt, inwieweit der Jugendraum in Beyendorf-Sohlen hergerichtet wird;
- Herr Dr. Gottschalk informiert von einer Begehung mit dem EB KGm, bei der Vereinbarungen zur weiteren Vorgehensweise getroffen wurden, Zielstellung Sommer 2013;
- Herr Brüning teilt mit, dass hierzu noch Unklarheiten bezüglich der Verantwortung zur Erbringung des Angebotes bestehen, die mit dem Ortschaftsrat noch besprochen werden;
- Herr Nordmann schlägt zur nächsten Juhi-Sitzung eine Zwischeninfo vor;

Terminabstimmung

- der nächste UA LHP ist am 02.07.2013 um 08:30 Uhr im Hansesaal;

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Sven Nordmann
stellv. Vorsitzender

Iris Kiuntke
Schriftführerin